

**Anfrage**

der Abgeordneten Eva Maria Holzleitner, Genossinnen und Genossen

**an den Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz**

betreffend den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über  
Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der  
Richtlinie 2009/22/EG

Die Europäische Kommission hat am 26.4.2018 den oben genannten Vorschlag vorgelegt. Nachdem  
Unionsrechtsakte einerseits in vielen Fällen unmittelbare Wirkung auch in Österreich entfalten und  
andererseits österreichischen Vorschriften vorgehen, stellen die unterfertigten Abgeordneten  
folgende

**Anfrage:**

1. Wie lautet die Position Ihres Ressorts zum genannten Vorschlag insgesamt und zu dessen  
wesentlichsten Bestimmungen?
2. Sind weitere Ressorts mit dem Vorschlag befasst?
3. Stimmen Sie mit der Rechtsgrundlage des Vorschlags überein?
4. Entspricht der Vorschlag den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit?
5. Werden auf Grund des Vorschlages Änderungen an österreichischen Rechtsnormen erforderlich?
  - a. Wenn ja: welche Bundesgesetze sind betroffen?
6. Sind durch den Vorschlag Kompetenzen der Bundesländer betroffen?
  - a. Wenn ja: auf Grund welcher Bestimmung(en) des Vorschlags?
7. Enthält der Vorschlag Bestimmungen, die im österreichischen Recht nur durch  
Bundesverfassungsgesetz getroffen werden könnten?
8. Wie ist die Position anderer Mitgliedstaaten zum Vorschlag?
9. In welcher EU-Ratsformation wird der Vorschlag behandelt?
10. In welchem vorbereitenden Gremium des Rates der EU wird der Vorschlag behandelt?
11. Fanden bereits Sitzungen in diesem Gremium statt?
12. Besteht ein Zeitplan für die Behandlung des Vorschlags?
13. Welche Art von Gesetzgebungsverfahren kommt zur Anwendung?



